



„Moderne Polizei“: Polizistinnen und Polizisten sollen sich wieder vermehrt auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können.



Workshop im BMI: Expertinnen und Experten berieten über Vorschläge, die den Verwaltungsaufwand verringern sollen.

## Weniger Bürokratie

**Der Verwaltungsaufwand für Polizistinnen und Polizisten in Polizeiinspektionen soll reduziert werden. Das ist neben der Dienststellenstrukturanpassung und der Gestaltung von Fach- und Führungskarrieren eines der Arbeitspakete des Projekts „Moderne Polizei“.**

Im Projekt „Moderne Polizei“ wurden Vorschläge erarbeitet, wie Bürokratie in der täglichen Polizeiarbeit reduziert werden kann. Daran arbeiteten Polizistinnen und Polizisten mit. „Weniger Bürokratie heißt, dass sich die Polizistinnen und Polizisten besser auf ihre polizeilichen Kernaufgaben konzentrieren können“, sagt Innenministerin Mag.<sup>a</sup> Johanna Mikl-Leitner.

„Das Bestreben, die Polizistinnen und Polizisten von administrativen Tätigkeiten zu entlasten, ist nicht neu“, erläutert der Projektverantwortliche, General Matthias Klaus, Leiter der Gruppe II/A (Organisation, Dienstbetrieb und Einsatz) in der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit. „Bereits vor der Wachkörperzusammenlegung 2005 sind Initiativen gesetzt worden, um den Verwaltungsaufwand zu verringern.“ Dazu zählen die Überarbeitung der Berichterstattungsvorschriften und des Formularwesens. Die Polizei hat in den letzten Jahrzehnten Verwaltungsarbeit abgegeben, zum Beispiel das Meldewesen sowie das Fund- und Verlustwesen. Auch ehemalige *Post- und Telekom*-Bedienstete entlasten die Polizistinnen und Polizisten. „Nun gilt es, diesen langfristigen Prozess fortzuführen, indem wir die Arbeitsabläufe in den Polizeiinspektionen genau analysieren“, erläutert Matthias Klaus. „Wir werden dort anset-

zen, wo wir die Polizistinnen und Polizisten dabei unterstützen können, sich wieder stärker auf ihre Kernarbeit zu konzentrieren.“

**Die Vorschläge** für eine möglichst weitreichende Entbürokratisierung der Polizeiarbeit stammen zu einem überwiegenden Teil von den Kolleginnen und Kollegen selbst. Sie übermittelten dem BMI ihre Vorschläge nach einem Aufruf in einer Mitarbeiterinformation von General Klaus.


Auch aus Berichten der Qualitätsmanager der Landespolizeidirektionen stammt eine Reihe von Entlastungsvorschlägen. Insgesamt gab es 993 Rückmeldungen; daraus resultierten 400 Vorschläge aus den 65 Themen herausgearbeitet wurden. Die Themen wurden am 17. Juni 2014 bei einem Workshop im BMI mit Polizistinnen und Polizisten aus der Praxis besprochen, im Hinblick auf ihre Bedeutung zur Verminderung des Verwaltungsaufwandes.

**Die Koordination** der Vorschläge liegt im Referat II/1/a (Struktur- und Personalentwicklung), dessen Mitarbeiter für den Prozess und die Aufarbeitung mit den jeweils zuständigen Fachabteilungen verantwortlich sind. Die Qualitätsmanager der Landespolizeidirektionen wählten pro Bundesland

drei Polizeiinspektionen aus. Sie stimmten sich dabei mit den Bezirks- und Stadtpolizeikommandanten ab. In der LPD Niederösterreich wurden die Polizeiinspektionen Weissenkirchen, St. Pölten-Rathaus und Mödling ausgewählt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Polizeiinspektionen hatten die Möglichkeit, Lösungsvorschläge einzubringen – quer durch alle Aufgabenbereiche. „Vor unseren Dienststellenbesuchen haben wir den Bediensteten Listen übermittelt, die ihnen dabei geholfen haben, den Zeitaufwand für ihre Tätigkeiten einzuschätzen und ihre Verbesserungsvorschläge dann im persönlichen Gespräch konkreter zu benennen“, sagt Oberstleutnant Hannes Fleischhacker, BA, Leiter des Büros Qualitäts- und Wissensmanagement in der LPD Niederösterreich.

Die meisten Vorschläge betrafen EDV-Anwendungen und die Bearbeitung ausgewählter Sachverhalte, wie Wildunfälle oder Delikte mit geringer Strafdrohung ohne Ermittlungsansätze. Außerdem wurden Tätigkeiten genannt, die auch von Verwaltungsbediensteten erledigt werden könnten.

**Mitarbeiterbrief.** Innerhalb von fünf Wochen nach Aussenden des Mitarbeiterbriefs von Gruppenleiter Matthias Klaus langten im Projektbüro „Moderne Polizei“ 265 E-Mails von Mitarbei-



terinnen und Mitarbeitern ein. Das Referat II/1/a koordiniert alle Vorschläge und bereitet die Informationen und Analysen für die zuständigen Fachabteilungen als Entscheidungsgrundlage auf. Vorschläge, die einfach umsetzbar sind und viel zur Reduktion der Verwaltung in den PIs beitragen können, wurden sofort weiterverfolgt – etwa die Verbesserung der Suchfunktion im PAD. Auch die Anregung, was die Eindämmung der Informationsflut per E-Mail anlangt, wurde aufgenommen. Dazu wird unter anderem an einer Wissensdatenbank für die Landespolizeidirektionen gearbeitet. Einige Vorschläge betreffen Tätigkeiten, die vor ihrer Umsetzung einer gesetzlichen Änderung bedürfen – etwa, dass die Polizistinnen und Polizisten bei einem Alkottest außerhalb ihres Zuständigkeitsbezirks künftig keine Streife aus dem dafür zuständigen Bezirk mehr anfordern müssen.

Auch die statistische Arbeit soll vereinfacht werden. Aufzeichnungen, die man als Polizist immer wieder benötigt, sollen automatisch erzeugt werden können. Aufzeichnungen, die im Zusammenhang mit der Kosten- und Leistungsrechnung gesetzlich vorgeschrieben sind, sollen aus der *Elektronischen Dienst-Dokumentation (EDD)* entnommen werden, ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand für die Polizisten. Bis Ende 2014 werden weitere Maßnahmen zur Reduzierung des Verwaltungsaufwandes in Polizeiinspektionen analysiert und umgesetzt. Für die besten Vorschläge wird es eine Anerkennung geben.

**Fokus auf Kernaufgaben.** „Wir können die Kolleginnen und Kollegen nicht zur Gänze von bürokratischer Arbeit befreien, denn Polizeiarbeit ist immer mit einem bestimmten Maß an Dokumentationsaufwand verbunden“, sagt Matthias Klaus. „Doch mit sinnvoll gestalteten Prozessen und zielgerichtetem Ressourceneinsatz erwarte ich mir mehr Zeit für den Vollzug von polizeilichen Kernaufgaben sowie mehr Zeit für den Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern.“ Eine zeitgemäße Dokumentation sei nicht nur für behördliche Verfahren notwendig, sondern auch für die Nachvollziehbarkeit der Maßnahmen, die Polizisten gesetzt haben. „Das trägt zur Steigerung der Handlungssicherheit der Polizistinnen und Polizisten bei“, betont Klaus.